

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

Vorhaben Lkw-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen in Baden-Württemberg beenden

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

- I. zu berichten,
 1. welcher Sach- und Personalaufwand bisher im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Einführung einer Lkw-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen in Baden-Württemberg entstanden ist;
 2. ob sie die Aussage des Kandidaten der Partei der GRÜNEN für das Amt des Ministerpräsidenten teilt, wonach er eine Lkw-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen nicht einführen werde;
- II. die Arbeiten für die Vorbereitung einer Lkw-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen in Baden-Württemberg einzustellen und die entsprechenden Zielsetzungen und Vereinbarungen – beispielsweise das Landeskonzept Mobilität und Klima – entsprechend fortzuschreiben.

18.11.2025

Dr. Rülke, Dr. Jung und Fraktion FDP/DVP

Begründung

In der BWIHK-Wahlarena am 13. November 2025 mit den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl am 8. März 2026 antwortete der grüne Kandidat Cem Özdemir auf die Frage, ob er eine Landes-Lkw-Maut einführen werde, mit Nein. Bisher ist es grundsätzliches notiertes Ziel der Landesregierung, eine solche einzuführen. Nachdem der Ministerpräsident gemäß Artikel 49 die Richtlinien der Politik bestimmt, ist es für diese relevant, wie eine wesentliche Absichtserklärung zu bewerten ist.